

Tech-Importe zur Realisierung der im Fünfjahresplan aufgestellten Ziele der technologischen Erneuerung der Industrie, aber auch für die anstehenden Schuldendienste für ausländische Kredite erforderlich. Mit der Erhöhung der Devisenreserven verbesserte sich die Kreditfähigkeit Chinas im Ausland wieder.

Neben einer Zunahme der Unternehmensgründungen mit ausschließlich ausländischem Kapital scheint sich auch der Trend fortzusetzen, daß zwar mehr Kooperationsprojekte durchgeführt werden, die Investitionssummen jedoch insgesamt geringer sind. Nach einer Einschätzung ausländischer Experten dominierten vor allem die Investitionen in kleinere Unternehmen, die in den Küstenstädten bzw. den Sonderwirtschaftszonen für den Export produzieren. Hier wird das Risiko der bürokratischen Einmischung als geringer angesehen, da die Steigerung der Exporte im Vordergrund steht, und darüber hinaus ist die Produktion für den ausländischen Markt mit weniger Absatzrisiken behaftet.

Zu den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten, die die Entscheidung der ausländischen Investoren beeinflussen, sind in den letzten Jahren auch negative Erfahrungen der ausländischen Joint Venture-Partner bei der Auflösung bestehender bzw. auslaufender Unternehmenskooperationen getreten. Hierzu zählten Probleme bei der Auflösung des Joint Venture bzw. beim Verkauf der Unternehmensanteile, die insbesondere durch den Widerstand des chinesischen Partners hervorgerufen wurden.

Der zunehmende regionale Wettbewerb um ausländische Investitionen hat zu einer breiten Palette von unterschiedlichen Investitionsbedingungen in den "Sonderwirtschaftszonen", "Geöffneten Küstenstädten", "High-Tech-Entwicklungszonen" und "Entwicklungszonen für Wirtschaft und Technologie" geführt. Um den Standort für ausländische Investoren noch attraktiver zu machen, werden sogar abweichend von den offiziellen Bestimmungen lokale Zugeständnisse gemacht. Insgesamt dominiert jedoch bei der regionalen Aufteilung der ausländischen Investitionen nach wie vor die Provinz Guangdong, gefolgt von Fujian, Shanghai und der Provinz Liaoning.

Oskar Weggel

Normalisierung zwischen den beiden größten Entwicklungsländern der Welt

- Zum Besuch Li Pengs in Indien -

Gliederung:

- 1 Die geänderten Vorzeichen im chinesisches-indischen Verhältnis
- 2 Zur Erinnerung: Das Konfliktpotential vergangener Jahre
- 3 Die meisten Altlasten sind verschwunden
 - 3.1 Konfliktabbau
 - 3.1.1 Das Bündnis zwischen Delhi und Moskau
 - 3.1.2 Vietnam, Sikkim, Bhutan
 - 3.1.3 Tibet
 - 3.1.4 Kambodscha, Afghanistan
 - 3.2 Aufeinander zugehen
- 4 Drei "Restkonflikte"
 - 4.1 Die "Pakistan-Frage"
 - 4.2 Die Hegemonismus-Frage
 - 4.3 Die Grenzfrage
- 5 "Harmonie" auf ganzer Linie und zukunftsfruchtige Vereinbarungen

1 Die geänderten Vorzeichen im chinesisches-indischen Verhältnis

China und Indien sind die zwei größten Entwicklungsländer der Welt und beherbergen innerhalb ihrer Grenzen rd. zwei Fünftel der gesamten Weltbevölkerung. Beide sind Länder mit uralten

Zivilisationen und gegenseitigen Verbindungen, die Jahrhunderte zurückreichen und sich vor allem im Zeichen des Buddhismus gefestigt haben. Beide Staaten konstituierten sich kurz hintereinander: Die Republik Indien gewann ihre Unabhängigkeit i.J. 1947, die VR China wurde i.J. 1949 ausgerufen. Bei allen Gemeinsamkeiten gab es aber auch immer wieder Konflikte. Beide streiten sich beispielsweise seit Jahren um die Demarkierung ihrer rd. 2.000 km langen Grenze, um die es in den vergangenen Jahren sogar militärische Auseinandersetzungen gegeben hat. Doch langsam hat sich in den vergangenen Jahren ein Entspannungsprozeß angebahnt.

Der Besuch des chinesischen Premierministers Li Peng vom 11. bis 16. Dezember 1991 in der Republik Indien hat nicht nur zu einer weiteren Förderung dieses Prozesses der Versöhnung zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Welt beigetragen, sondern schlagartig auch deutlich werden lassen, wie sehr der Zusammenbruch der Sowjetunion inzwischen die Vorzeichen der Außenpolitik auch in Asien geändert hat. Jahrzehntelang hatte das sino-indische Verhältnis wie eine Art "Sowjetbarometer" gewirkt, d.h. beide asiatischen Nachbarn beurteilten einander nach ihrem jeweiligen Verhältnis zur damaligen Supermacht UdSSR.

Ein kurzer Rückblick macht deutlich, wie sich diese Konstellation entwickelt hat.

Fünf Jahreszahlen sind es, die Markierungspunkte im sino-indischen Verhältnis setzen, nämlich 1954, 1962, 1971, 1981 und 1988.

- 1954 war das für beide Seiten erfreulichste Jahr: Nach der Besetzung Tibets durch China (1950), die in der indischen Öffentlichkeit leidenschaftliche Emotionen wachgerufen hatte, gelang es dem damaligen Ministerpräsidenten Nehru, die erregten Wogen wieder zu glätten und in der Lok Sabha, dem indischen Parlament, die Anerkennung der chinesischen Rechte an Tibet durchzusetzen. Indien schloß mit der VR China einen Vertrag, in dem erstmals jene Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz einfließen, die ein Jahr später auf der Bandung-Konferenz zu einem Glaubensbekenntnis der Dritten Welt werden sollten. Stolz haben beide Seiten auch in Jahren der Feindschaft immer wieder auf diese gemeinsame Hebammenarbeit bei der Schaffung neuer Prinzipien des Völkerrechts hingewiesen.

Das Jahr 1954 wurde so zu einem Höhepunkt des chinesisch-indischen Einverständnisses. Nehru wollte mit seiner Politik den Chinesen gegenüber einen Weg der Verständigung um jeden Preis gehen.

- Diese Hoffnung trog jedoch. Denn wegen der Grenzfrage kam es 1961/62 zu einem regelrechten Krieg zwischen beiden Staaten, der von China gewonnen und mit einem einseitigen Waffenstillstand beendet wurde. Indien hatte vor aller Welt Gesicht verloren. Die Freundschaft von 1954 machte einer tiefen Feindschaft Platz, die zwei Jahrzehnte lang dauern sollte.

- In diese Phase, und zwar ins Jahr 1971, fielen zwei schwerwiegende Ereignisse, nämlich ein indisch-pakistanischer Krieg, der siegreich für Indien ausging, und der Abschluß des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrags vom August 1971, der jene Machtbalance zerstörte, die seit 1947 auf dem Subkontinent bestanden hatte. Nicht mehr Indien und Pakistan waren nun die einander ausgleichenden Gewichte, sondern vielmehr Indien und die Sowjetunion auf der einen und Pakistan sowie China auf der anderen Seite. Beijing suchte der neuen Achse Delhi-Moskau dadurch entgegenzuwirken, daß es seine Unterstützung für Pakistan intensivierte und u.a. zum wichtigsten Waffenlieferanten dieses nach dem Verlust Ostbengalens verbliebenen Reststaates wurde.

- Zweieinhalb Jahre nach Beginn der Reformen in der VR China, nämlich 1981, kam es erstmals seit fast 20 Jahren gegenseitiger Anfeindungen wieder zu offiziellen Gesprächen zwischen beiden Regierungen, die sich inzwischen offensichtlich vorgenommen hatten, ihre Gemeinsamkeiten (vor allem hinsichtlich der Blockfreienbewegung, der Afghanistan-Frage, der Errichtung einer Internationalen Wirtschaftsordnung, der Südasiatischen Gemeinschaft sowie der "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz") zu betonen, die Differenzen dagegen soweit wie möglich zu verniedlichen.¹ Beschworen wurde nun erneut der Geist der 50er Jahre und wiederum die enge Zusammenarbeit zwischen Nehru und Zhou Enlai.

- Vom 17. bis 19. Dezember 1988 schließlich besuchte der damalige indische Ministerpräsident Rajiv Gandhi die VR China und krönte damit eine Entwicklung, die im Dezember 1981 mit Verhandlungen auf Vizeaußenministerebene eingeleitet worden war² und die in der Zwischenzeit bereits in einem Handelsvertrag, in einem Kulturabkommen und in weiteren Vereinbarungen ihren Niederschlag gefunden hatte.³ Gandhis Visite war der zweite Besuch eines indischen Ministerpräsidenten; den ersten hatte sein Großvater Nehru 34 Jahre früher absolviert.

Schon gleich bei der ersten Besprechung zwischen Li Peng und Gandhi kam die Grenzfrage zur Sprache, also ein Problem, "das noch aus der Geschichte übrig ist und das im Einklang mit dem Prinzip der gegenseitigen Verständigung und gütlichen Einigung gelöst werden kann".⁴ Gandhi stimmte dieser Ansicht zu und deutete indische Kompromißbereitschaft an.

Bei seiner Ankunft stellte Gandhi auch bereits klar, daß Tibet aus indischer Sicht zu China gehöre und daß es Indien nicht dulden werde, daß irgendeine politische Kraft (gemeint war hier offensichtlich die Bewegung des Dalai Lama) sich in Chinas innere Angelegenheiten einmische.⁵

Im übrigen kam es bei dem Gandhi-Besuch zu wenig konkreten Vereinbarungen. Zwar wurden drei Abkommen über den Ausbau der Zusammenarbeit unterzeichnet, nämlich über direkte Flugverbindungen zwischen Delhi und Beijing, über eine Kooperation auf den Gebieten Wissenschaft und Technolo-

gie sowie über einen dreijährigen Kulturaustausch. Dies waren jedoch mehr technische Lösungen, die den Ursachen der sino-indischen Spannungen nicht auf den Grund gingen. Weitreichender war hier schon die Vereinbarung, eine "Gemeinsame Arbeitsgruppe zur Grenzfrage" zu errichten.⁶

Im Februar 1991 kam der indische Außenminister Shukla nach China,⁷ und nun, im Dezember 1991, erwiderte Li Peng den Besuch des (im Zusammenhang mit Hindu-Sikh-Konflikten ermordeten) Rajiv Gandhi.

2 Zur Erinnerung: Das Konfliktpotential vergangener Jahre

Im Laufe der 60er und 70er Jahre hatten sich zahlreiche Konflikte zwischen China und Indien aufgebaut, u.a. die fortdauernde indische Anlehnung an Moskau, das damals in den Augen Beijings ja noch als Todfeind galt, ferner die Grenzfrage, darüber hinaus die angebliche Unterstützung von Guerillabewegungen in Nordostindien durch China, der Bau der Karakorum-Hochstraße durch die Chinesen (im Mai 1981 wurde u.a. der Khunjerab-Paß eröffnet, durch den die Verkehrsverbindungen zwischen China und Pakistan erleichtert wurden), die pakistanisch-chinesischen Sonderbeziehungen, die enge (angeblich anti-indische) Zusammenarbeit Chinas mit einigen Nachbarstaaten Indiens, die von China scharf attackierte "Annexion Sikkims" durch Indien, die für China provozierende, weil allzu enge Zusammenarbeit Indiens mit dem damals zu China auf Kriegsfuß stehenden Vietnam und nicht zuletzt die diplomatische Anerkennung der kambodschanischen Heng Samrin-Regierung durch Delhi im Juli 1980. Ärgerlich aus chinesischer Sicht schließlich auch das Bestreben Indiens, in Südasien eine Art "Regionalhegemonismus" zu errichten. In der Tat denken die Inder außenpolitisch in den Kategorien des alten britischen Imperiums, das auch noch Pakistan und Bangladesch umfaßte. Eine hegemoniale Stellung im gesamten südasiatischen Bereich wird nicht nur wegen dieses historischen Vermächtnisses, sondern auch wegen der schieren Größe Indiens von politischen Kreisen Delhis als natürlich empfunden und ist ein Leitmotiv indischer Außenpolitik.

Die Konsequenzen, die sich aus dieser Haltung ergaben, waren lange Zeit eine enge Beziehung zur Sowjetunion,

die Indien in all seinen Bestrebungen unterstützte, korrelativ dazu die Rivalität gegenüber China, der anderen asiatischen Großmacht, die eben diesem Anspruch Indiens entgegentrat, nicht zuletzt aber auch die Unterstützung Vietnams, das - parallel zu Indien - die Führungsrolle auf dem südostasiatischen Festland beanspruchte und sich damit zu den südasiatischen Bestrebungen Indiens analog verhielt. Umgekehrt versuchten die Nachbarn Indiens, nämlich Pakistan, Bangladesch, Nepal und Sri Lanka, die sich von Indien nicht allzu stürmisch umarmen lassen wollten, die Annäherung an China, wo sie für ihre Wünsche ein offenes Ohr fanden.

3

Die meisten Altlasten sind verschwunden

3.1

Konfliktabbau

Viele der oben angesprochenen Konflikte haben sich inzwischen beinahe von selbst, d.h. ohne wesentliches indisches oder chinesisches Zutun gelöst.

3.1.1

Das Bündnis zwischen Delhi und Moskau

Das jahrelange Hauptproblem, die Sowjetunion, spielt als solches im bilateralen Verhältnis kaum noch eine Rolle. Schon beim Besuch Rajiv Gandhis hatte sich diese Frage entschärft, nachdem Gorbatschow im Laufe des Jahres 1986 eine neue Asienpolitik begonnen hatte, die u.a. auch auf eine Entspannung im chinesischesowjetischen Verhältnis hinauslief, und die durch den Besuch des sowjetischen Staatspräsidenten im Mai 1989 in Beijing gekrönt wurde.

Beim Besuch Li Pengs in Indien hatte sich die Sowjetunion bereits in ihre Teile aufgelöst und sich als Supermacht damit praktisch verabschiedet. Der "Sowjetfaktor" spielte nun definitiv keine Rolle mehr. Solange Indien davon ausgehen konnte, daß sein südasiatischer Hegemonialanspruch durch die Sowjetunion gefördert, durch die USA und China aber in Frage gestellt würde, war das Bündnis Delhis mit der UdSSR sozusagen eine Selbstverständlichkeit: Indien spielte deshalb die Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen herunter, erkannte die moskaufreundliche Heng Samrin-Regierung in Kambodscha diplomatisch

an, verurteilte die amerikanische Stützpunktpolitik auf Diego Garcia (im Indischen Ozean), unterstützte Vietnam als ein Gegengewicht zu China in Südostasien und sorgte für Störpotential gegen die chinafreundlichen Kräfte in Islamabad, Dhaka und Katmandu.

Dies alles gehört nun, wie gesagt, der Vergangenheit an. Indien war gezwungen, noch stärker als bisher die Wiederannäherung an China zu betreiben und mit ihm einen tragfähigen Konsens zu finden, für den die Formel der "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" gerade gut genug schien.

3.1.2

Vietnam, Sikkim, Bhutan

Parallel zum Zusammenbruch der UdSSR hat sich auch Vietnam den Forderungen Beijings gefügt, sich aus Kambodscha zurückgezogen und sein Verhältnis zu China normalisiert;⁸ außerdem ist die Hun Sen-Regierung in Phnom Penh als Teil der kambodschanischen Viererkoalition spätestens mit der Unterzeichnung des Pariser Friedensvertrags über Kambodscha vom Oktober 1991 auch von China akzeptiert worden. Auch Guerilla-Bewegungen in Nordostindien werden von China in der Zwischenzeit nicht mehr unterstützt.

Die "Annexion Sikkims" ist für China längst kein Reizpunkt mehr (und war es offensichtlich auch früher eher nur verbal), und sogar Bhutan hat in der Zwischenzeit eine längere Tradition der Grenzverhandlungen mit China, die von Indien nicht gestört wurden.

3.1.3

Tibet

Eher ärgerlich als gefährlich ist für China die Tibet-Frage. Noch am Vorabend des Li-Besuchs waren 14 tibetische Aktivisten in Delhi festgenommen worden, um auf diese Weise chinafeindliche Proteste zu unterbinden.⁹ Indien, auf dessen Territorium rd. 100.000 Anhänger des Dalai Lama leben und in dem der tibetische Gottkönig (und zwar in Dharamsala) seinen Aufenthalt hat, wollte damit offensichtlich unangenehme Fragen der Chinesen vorbeugen, vor allem nachdem der Tibetan Youth Congress (TYC) angekündigt hatte, daß er die sechs Tage des Li-Aufenthalts zu einer "schwarzen Woche" umgestalten wolle.

In der Tat kam es dann auch zu Straßenumzügen tibetanischer Gruppen, auf die die indische Polizei wiederum mit Verhaftungen antwortete. Dies nützte freilich wenig, denn jeden Tag kam es zu noch größeren Demonstrationen.

Der indische Supreme Court ordnete an, daß die Verhafteten, die ja lediglich von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch gemacht hätten, wieder freizulassen seien.¹⁰

Trotz solcher Ereignisse ist die Tibet-Frage kein eigentlicher Konfliktpunkt mehr in den chinesisch-indischen Beziehungen, da Indien dem Dalai Lama ja nicht unter die Arme greift, ja nicht einmal ein politisches Auftreten des Dalai Lama in Indien gestattet und immer wieder versichert, daß eine solche Unterstützung auch künftig nicht erfolge. In Punkt 6 des chinesisch-indischen Kommuniqués vom 16. September 1991 heißt es beispielsweise, daß die "chinesische Seite ihre Besorgnis über die fortgesetzten chinafeindlichen Aktivitäten einiger Tibeter in Indien äußerte und bekräftigte, daß Tibet ein unabtrennbarer Bestandteil des chinesischen Territoriums ist und daß China sich entschieden jedem Versuch und jeder Aktion widersetzt, die darauf abzielen, das Vaterland zu spalten und ein 'unabhängiges Tibet' zu errichten. Die indische Seite wiederholt ihre langjährige und konstante Haltung, daß Tibet eine selbstverwaltete Region Chinas ist und daß Indien keinem Tibeter erlaubt, sich an anti-chinesischen Aktivitäten in Indien zu beteiligen."¹¹

3.1.4

Kambodscha, Afghanistan

Sogar in der Kambodscha-Frage ziehen beide Seiten inzwischen an einem Strang. In Abschnitt 8 des Kommuniqués vom 16.12.91 heißt es, daß beide Seiten das Pariser Abkommen vom 23. Oktober 1991 über eine umfassende politische Lösung der Kambodscha-Frage unterstützten, und daß sie alle Maßnahmen fördern wollten, damit Kambodscha ein unabhängiger, souveräner, friedlicher, neutraler und nicht-paktgebundener Staat werde.¹²

Auch Afghanistan hat aufgehört, ein Zankapfel zwischen China und Indien zu sein, seit sich die sowjetischen Truppen (im Frühjahr 1989) aus dem

gemeinsamen Nachbarstaat zurückzugeben. In Abschnitt 9 des Kommuniqués vom 16.12.91 heißt es, daß beide Seiten das am 21. Mai 1991 vom UNO-Generalsekretär bekanntgegebene Fünf-Punkte-Programm zur politischen Lösung der Afghanistan-Frage unterstützen, und daß sie eine ausschlaggebende Rolle der UNO bei der politischen Lösung der Afghanistan-Frage wünschen. Wie in Kambodscha, soll also auch in Afghanistan eine möglichst umfassende Koalitionsregierung unter Beteiligung aller Bürgerkriegsparteien hergestellt und die Unabhängigkeit, Souveränität, Neutralität und Nicht-Paktgebundenheit des Landes sichergestellt werden. Die Parallelen zwischen Kambodscha und Afghanistan werden hier also beiderseits nachdrücklich betont.

Verbleiben an Streitigkeiten also eigentlich nur noch drei Punkte, nämlich die Grenzfrage, ferner das nach wie vor enge - und für Indien ärgerliche - Verhältnis Chinas zu Pakistan und, drittens, die sozusagen "natürliche" Rivalität zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Staaten Asiens, die sich darin ausdrückt, daß beide sich stillschweigend und konkludent Regionalhegemonismus vorwerfen, der nicht so ohne weiteres hingenommen werden könne.

3.2

Aufeinander zugehen

Beide Seiten hatten nach längerer Unterbrechung ihre beiderseitigen direkten Handelsbeziehungen i.J. 1984 wiederaufgenommen und ein neues Handelsabkommen unterzeichnet, wobei sie sich gegenseitig Meistbegünstigung einräumten.

1988 wurde ein Vertrag über kulturelle Zusammenarbeit unterzeichnet.

Der Handel zwischen beiden Ländern belief sich 1989 und 1990 auf jeweils rd. 280 Mio. US\$; das Potential ist damit freilich bei weitem nicht ausgeschöpft. Vor allem soll nach dem Willen beider Seiten der Grenzhandel intensiviert werden.

Zuletzt war am 6. Februar 1991 die "Indisch-chinesische gemeinsame Gruppe für Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technologie" in Beijing zu ihrem 2. Treffen zusammengekommen¹³ und hatte dort konkrete Vereinbarungen getroffen. U.a. war GarbYang, ein Grenzort zwischen dem indi-

sehen Bundesstaat Uttar Pradesh und Tibet, als erste offizielle Übergangsstelle zwischen beiden Ländern geöffnet worden. Der Transitpunkt war 1962 - im Zeichen des damaligen Grenzkriegs zwischen China und Indien - geschlossen worden.¹⁴

Am 24. Juli 1991 wurde beim zweiten Treffen des "Chinesisch-Indischen Subkomitees für wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit" ein Abkommen unterzeichnet, in dem eine Reihe von Landwirtschafts-, Chemie-, Laser- und Gentechnik-Projekte aufgeführt wurden, bei denen beide Seiten zusammenarbeiten sollten.¹⁵

Die chinesische Seite verhandelt mit Indien nicht nur auf Regierungs-, sondern auch auf Parteiebene. So kam beispielsweise am 20. Juli eine Delegation der CPI (Communist Party of India) nach Beijing und führte dort Besprechungen mit Funktionären der Abteilung für internationale Beziehungen beim ZK der KPCh.¹⁶

4

Drei "Restkonflikte"

Im Kommuniqué vom 16.12.91 wurden die oben erwähnten drei "Restkonflikte" (Grenzfrage, "Regionalhegemonismus", Pakistan) nur teilweise angesprochen und statt dessen mehr die Gemeinsamkeiten betont.

4.1

Die "Pakistan-Frage"

Das enge sino-pakistanische Verhältnis wurde mit keinem Wort erwähnt, obwohl es wegen angeblicher nuklearer Unterstützung Pakistans durch China in den vergangenen Jahren immer wieder zu chinesisch-indischen Wortgefechten gekommen war.

Im Februar 1989 war der chinesische Verteidigungsminister Qin Jiwei zu einem neuntägigen Besuch nach Pakistan gekommen. Zweck seines Besuchs sei es, wie er Journalisten am Flughafen versicherte, die bilaterale Freundschaft und die Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der beiden Länder voranzubringen.¹⁷ Bei den Gesprächen wurden auch gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen und Maßnahmen der gemeinsamen Produktion von Verteidigungswaffen diskutiert.¹⁸ U.a. hilft China den Pakistani beim Bau von Panzern. Zu diesem Zweck wurde Anfang Juni 1990 zwischen beiden Seiten ein Abkommen unterzeich-

net, in dem die langfristige industrielle Kooperation und der langfristige Technologietransfer für den Fließbandbau von Panzern der Typen T-69 und T-85-2 festgelegt wurden. Das Abkommen beinhaltet auch die gemeinsame Entwicklung des pakistanischen Kampfpanzers für das 21. Jhd.

Seit Ende 1989 auch arbeiten Pakistan und China in der Rüstungsforschung zusammen.¹⁹

Noch am 19. Juli 1991 hatte das indische Verteidigungsministerium gegen chinesische Raketenverkäufe an Pakistan protestiert und diesen Vorgang als eine "ernsthafte Bedrohung" für Indien bezeichnet. Es handle sich bei den Geschossen um M-111-Raketen, die von China in unbekannter Zahl geliefert worden seien.²⁰

Auf einer Pressekonferenz vor seinem Abflug von Neu-Delhi plädierte Li Peng im übrigen für die Errichtung kernwaffenfreier Zonen in Südasien.

Ein Nebenapekt des indischen "Pakistan-Problems" ist die Kaschmir-Frage, in der Beijing ebenfalls zu Pakistan hält. Seit 1947 hält Pakistan ein Drittel von Kaschmir unter Kontrolle und nennt es *Azad Kashmir* ("Freies Kaschmir"), während Indien von "Pakistan-occupied Kashmir" spricht. Auf beiden Seiten der Kaschmir-Kontrolllinie stehen seit Jahren Zehntausende von Soldaten. China unterstützt in dieser Frage voll und ganz Pakistan. Selbst wenn es eines Tages zur Lösung der indisch-chinesischen Grenzfrage kommen sollte, bliebe die Befürwortung des pakistanischen Standpunkts durch China in der Kaschmir-Frage nach wie vor ein dunkler Fleck in den chinesisch-indischen Beziehungen.

Noch im Mai 1991 hatten Beijing und Islamabad das Jubiläum der 40jährigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Pakistan gefeiert. Beide hätten auf den Gebieten Politik, Landesverteidigung, Wirtschaft, Handel, Kultur, Wissenschaft und Technik jahrzehntelang vorbildlich im Geiste der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz kooperiert. Sie unterstützten sich gegenseitig in internationalen Angelegenheiten und pflegten Meinungsaustausch über alle wichtigen nationalen und internationalen Angelegenheiten. 1982 sei eine Gemeinsame Kommission auf Minister-

ebene zur Förderung der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik gegründet worden und trete jährlich einmal zusammen. Der Handel zwischen beiden Seiten weite sich kontinuierlich aus und habe sich allein zwischen 1987 und 1989 vervierfacht.²¹

Vom 26. Februar bis 1. März stattete der pakistanische Ministerpräsident M. Nawaz Sharif der VR China eine offizielle Visite ab.²²

Ein wichtiges Merkmal des beiderseitigen Verhältnisses seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen i.J. 1951 seien regelmäßige Staatsbesuche.

Auch die bilaterale Zusammenarbeit sei breit gefächert: 1963 wurde das erste Handelsabkommen, ein Grenzvertrag und ein Luftfahrtabkommen geschlossen, zwei Jahre später Vereinbarungen über wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Austausch sowie über den gemeinsamen Bau eines Kernkraftwerks in Pakistan - kurz, es handle sich hier um ein "Modell zwischenstaatlicher Beziehungen".²³

Noch vor der Indienreise Li Pengs hatte der chinesische Staatspräsident Yang Shangkun der Islamischen Republik Pakistan eine Visite abgestattet, und zwar vom 26. bis 30. Oktober (mit anschließendem Besuch des Iran).

In seiner Anwesenheit wurde am 27. Oktober ein Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen China und Pakistan unterzeichnet. Danach gewährt China ein zinsfreies Darlehen in Höhe von 50 Mio. Yuan (rd. 10 Mio. US\$) in den kommenden fünf Jahren für die von beiden Seiten vereinbarten Projekte.

Auch Noten über die chinesische Hilfe für afghanische Flüchtlinge in Pakistan wurden ausgetauscht. Danach stellt China für diese Flüchtlinge Güter im Werte von 3 Mio. Yuan bereit.²⁴

Man darf davon ausgehen, daß Yang in diesem Zusammenhang seine pakistanischen Gesprächspartner auf den Besuch Li Pengs in Indien vorbereitete und die Versicherung abgab, daß China keine Zugeständnisse auf Kosten Pakistans machen werde.

Mit dem Wegfall des sino-sowjetischen Konflikts und mit der Entschärfung des indisch-chinesischen Verhältnisses spielt die Achse Islamabad-Beijing in Zukunft wohl bei weitem nicht mehr jene überragende Rolle, die ihr jahrelang zugekommen war: Man vergesse nicht, daß Pakistan für das vor 1972 noch weitgehend isolierte China eine Art Sprecherrolle übernommen hat, daß es am Vorabend des Nixon-Besuchs die geheimen Sondermissionen Kissingers nach Beijing ermöglichte und daß es auch sonst alles unternommen hat, um "Freund Nr. 1 Chinas in Asien" zu sein und zu bleiben.

Gleichzeitig sollte man jedoch darauf hinweisen, daß China in den letzten Jahren Anstrengungen unternommen hat, Indien und Pakistan friedlich zusammenzubringen. Zu diesem Zweck applaudiert es regelmäßig allen Beschlüssen und Konferenzen der SARC sowie allen Verträgen, die beide Seiten dem Frieden näherbringen. So wurden u.a. Anfang 1989 drei pakistanisch-indische Verträge unterzeichnet, die sich (1) auf gegenseitigen Nichtangriff gegen atomtechnologische Einrichtungen des anderen, (2) auf Vermeidung von Doppelbesteuerung und (3) auf verstärkten kulturellen Austausch richteten. China klatschte Beifall und wies darauf hin, daß dies die ersten seit 16 Jahren zwischen Indien und Pakistan geschlossenen Verträge seien, die Hoffnung auf die Lösung weiterer Streitfragen weckten.²⁵

Im Kommuniqué zum Besuch Li Pengs wurde das Pakistan-Problem nicht direkt erwähnt. Statt dessen zogen beide Seiten es vor, die "Südasiatische Vereinigung", die SARC (South Asian Regional Cooperation), besonders in den Vordergrund zu stellen. Verbesserte chinesisch-indische Beziehungen sollen sich, wie es in Punkt 8 des Kommuniqués heißt, gegen kein drittes Land richten und in keiner Weise die freundschaftlichen Beziehungen einer der beiden Seiten mit anderen Ländern beeinträchtigen.²⁶ Ganz gewiß handelt es sich hier um eine Pakistan-Klausel! Darüber hinaus "erklärten beide Seiten ihre Unterstützung für die friedliche Lösung zwischenstaatlicher Fragen in der Region durch freundschaftliche Verhandlungen" (wiederum Pakistan!). "Die chinesische Seite stellt sich hinter die Bemühungen der Süd-

asiatischen Vereinigung" und "bekundet ihr Interesse an Frieden und Stabilität in der Region Südasien", die zur Stabilität auch des übrigen Asien beitrage.

4.2

Die Hegemonismus-Frage

Auch der beiderseitige "regionalhegemonistische" Verdacht kam expressis verbis nicht zur Sprache - verständlicherweise!

Beide sind gleichsam "natürliche" Konkurrenten. In der Außenpolitik Indiens stehen drei Ziele im Vordergrund: Es will erstens Ordnungsmacht in der Region Südasien bleiben, zweitens einen der VR China vergleichbaren internationalen Status anstreben und drittens als einer der führenden Dritt-Welt-Staaten international eine entsprechende Rolle spielen. Zu diesem Zweck hat es die viertgrößte Armee der Erde aufgebaut, sich Mittelstreckenraketen zugelegt und eine Atomwaffe entwickelt, die verniedlichend "Nuclear Device" genannt wird.

Die VR China umgekehrt will sowieso eine Rolle spielen, die noch etwas ambitionierter ist als diejenige Indiens: An Atomwaffen und an militärischem Standard ist die VR China dem indischen Nachbarstaat ohnehin überlegen, gar nicht zu reden von seiner Mitgliedschaft im Ständigen Ausschuss des UNO-Sicherheitsrats.

Diese Rivalität wurde, wie gesagt, nicht herausgehoben, sondern - wie schon bei der Pakistan-Frage - durch eine positive Wortregelung verkleistert. Beide Seiten begrüßten in Punkt 10 des Kommuniqués den "internationalen Trend zur Entspannung. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen leiden unter den sich vertiefenden Nord-Süd-Gegensätzen mit ihren zunehmenden wirtschaftlichen Unterschieden. Beide Seiten weisen darauf hin, daß ohne wirtschaftliche Entwicklung, vor allem in den Entwicklungsländern, kein wirklicher Friede und keine echte Stabilität in der Welt möglich sind. Beide Seiten bekräftigen ihr Eintreten für Frieden und Entwicklung und fordern die internationale Gemeinschaft auf, weiter für Erhaltung des Friedens in der Welt zu arbeiten ..." Im übrigen müsse (Punkt 11 des Kommuniqués) eine "neue politische und wirtschaftliche Weltordnung" er-

richtet werden, die auf den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz basieren. Folgende Grundsätze müsse die "neue Weltordnung" enthalten: (1) Gleichberechtigung aller Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, gleichgültig ob sie groß oder klein, stark oder schwach, reich oder arm sind, (2) Beendigung des Wettrüstens und der Abrüstung, (3) Beseitigung der wirtschaftlichen Kluft zwischen Nord und Süd, (4) umfassende Verwirklichung der Menschenrechte, wobei das grundlegende Menschenrecht für die meisten Entwicklungsländer im "Recht auf Leben und Entwicklung" besteht.

Das Problem des beiderseitigen "Regionalhegemonismus" sei also durch einen Dialog auf der Basis der "Fünf Koexistenzprinzipien" zu entschärfen - dies etwa ist die Botschaft, die aus den einschlägigen Teilen des Kommuniqués hervorgeht. Im übrigen sollen beide Seiten (Punkt 4 des Kommuniqués) auf dem Gebiet des Handels, der Kultur, der Wissenschaft und Technik künftig eng zusammenarbeiten. "Beide Seiten wollen die Kooperation im Gesundheits- und Bildungswesen, in der Energie- und Landwirtschaft aktiv fördern. Es wurde ferner vereinbart, ein indisches Kulturfest in China und ein chinesisches Kulturfest in Indien zu veranstalten: Atmosphärische Entspannung!"

4.3

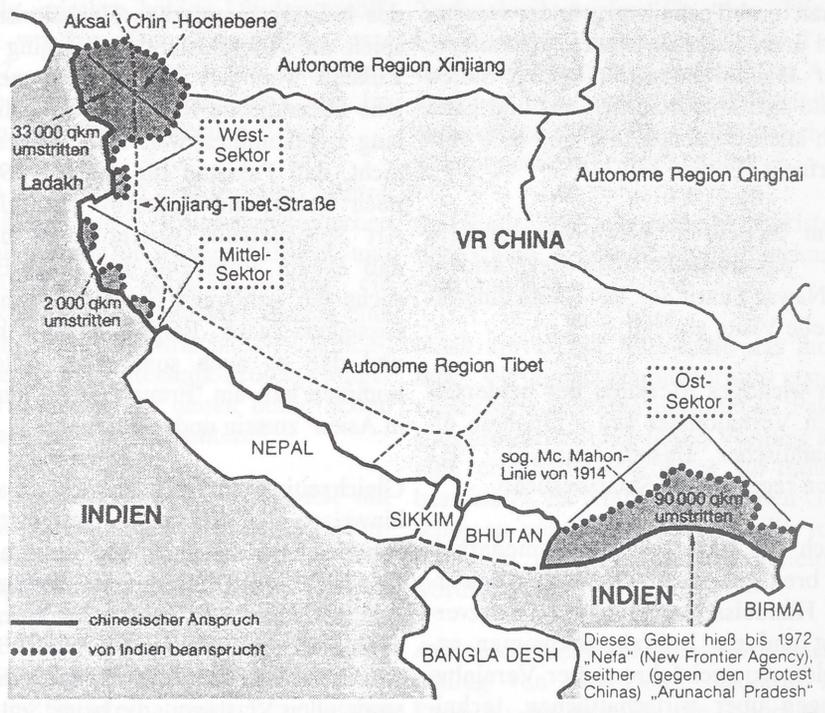
Die Grenzfrage

Was schließlich die Grenzfrage angeht, so waren schon kurz nach dem Besuch Rajiv Gandhis einschlägige Verhandlungen begonnen worden.

In Abschnitt V des Kommuniqués vom 16.2.91 heißt es denn auch, daß "die bisherigen Gespräche der chinesisch-indischen Arbeitsgruppe zur Grenzfrage zu einem besseren Verständnis zwischen beiden Seiten beigetragen haben, und daß die Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit beschleunigen soll, um so bald wie möglich eine Lösung in der Grenzfrage zu erreichen."

Es wurde beschlossen, das nächste Treffen der Arbeitsgruppe Anfang 1992 in Neu-Delhi zu einem für beide Seiten genehmen Zeitpunkt abzuhalten. Beide stimmten darin überein, bis zu einer endgültigen Lösung der Grenzfrage Frieden und Ruhe entlang der De-facto-Linie zu bewahren. Au-

Umstrittene Abschnitte an der chinesisch-indischen Grenze



ßerdem sollen periodische Treffen zwischen den jeweiligen Militäranghörigen in den Grenzgebieten stattfinden.²⁷

Die chinesisch-indische Grenze ist rd. 2.000 km lang und besteht aus drei Sektoren: Der westliche Sektor erstreckt sich über die zur VR China gehörenden Autonomen Regionen Xinjiang und Tibet und wird auf der anderen Seite vom indischen Ladakh markiert. Hier sind zwischen beiden Nachbarn 33.000 qkm umstritten. Im Zentralsektor geht es um 2.000 qkm. Der Ostsektor, der vom östlichen Bhutan bis Myanmar (Birma) reicht, begrenzt auf chinesischer Seite Teile Tibets, auf indischer Seite aber das Nefa-Gebiet (New Frontier Agency), das seit 1972 von den Indern "Arunachal Pradesh" genannt wird. Hier verläuft die berühmte-berühmte McMahon-Linie, die i.J. 1914 bei der Konferenz von Simla von dem für Außenpolitik zuständigen Beamten des indischen Vizekönigs, McMahon, mit tibetischen und chinesischen Vertretern ausgehandelt, dann aber von den Chinesen doch nicht anerkannt worden war. Im Ostabschnitt sind 90.000 qkm zwischen China und Indien umstritten (Karte!). Bei den seit nunmehr drei Jahrzehnten andauernden Grenzkonflikten geht es im wesentlichen darum, daß China die Grenzfrage immer noch für offen hält und deshalb eine endgültige Festle-

gung im Wege von Verhandlungen fordert, während andererseits Indien davon ausgeht, daß die Grenzen bereits definitiv festgelegt seien und daß China infolgedessen "indisches Territorium" besetzt halte, daß Verhandlungen über Grenzfragen also nach alledem eigentlich nur kosmetischer Natur sein könnten.²⁸

China bietet der Republik Indien seit langem einen Tausch an: Danach solle China die westlichen Teile behalten dürfen, während Indien die umstrittenen Teile im Ostsektor erhalte. Dieses Paketangebot ist bisher allerdings von Indien noch allemal abgelehnt worden, obwohl schon heute feststehen dürfte, daß es sich am Ende durchsetzt, da ja aufgrund geschichtlichen Herkommens kein klarer Grenzverlauf rekonstruiert werden kann. Die Grenzziehungen mit Hilfe präziser geographischer Markierungen sind eine "europäische Erfindung", die von den asiatischen Staaten frühestens im 19. Jhd. perzipiert wurden.

Käme es zur Paketlösung, so würden beiderseits etwa je 36.000-40.000 qkm ausgetauscht.

Ein halbes Jahr nach dem Gandhi-Besuch in China war es zum ersten Mal zum Treffen der "Joint Working Group on the Sino-Indian Boundary Question" auf der Ebene stellvertretender

Außenminister gekommen. Die Sitzung fand zuerst in Beijing statt,²⁹ und dann, im August 1990, in Delhi.³⁰

Wenn es bei der Lösung der Grenzfrage immer wieder Schwierigkeiten gibt, so liegt der Grund dafür weniger bei der Regierung, sondern hauptsächlich bei der Lok Sabha, dem indischen Parlament, in dem die Schmach von 1962 offensichtlich immer noch nicht ganz vergessen ist.

5 "Harmonie" auf ganzer Linie und zukunftssträchtige Vereinbarungen

Insgesamt haben sich beide Seiten erneut bemüht, alle noch vorhandenen Konflikte möglichst herunterzuspielen und nach außen hin ein Bild der Harmonie und des gegenseitigen Verständnisses zu bieten. Immer wieder verwiesen sie darauf, daß die von ihnen gemeinsam geschaffenen "Fünf Grundsätze der friedlichen Koexistenz" dreieinhalb Jahrzehnte nach ihrer Entstehung weltweit hätten Fuß fassen können. Warum sollten sich ausgerechnet die beiden Schöpfer dieser "Fünf Grundsätze" nicht im Sinne dieser Prinzipien verhalten können!?

Um den Dialog aufrechtzuerhalten, lud Ministerpräsident Li Peng seinen Amtskollegen P.V. Narashima Rao zu einem Chinabesuch ein - eine Einladung, die, wie es im Kommuniqué heißt, "freudig" angenommen wurde.

Zum Abschluß des Li Peng-Besuchs wurden noch fünf zukunftssträchtige Abkommen unterzeichnet, nämlich

- ein Regierungsabkommen über die Wiedererrichtung von Generalkonsulaten in Shanghai und Bombay,
- eine Konsularvereinbarung,
- ein Memorandum über die Wiederaufnahme des grenznahen Handels,
- ein Handelsprotokoll für 1992 und
- ein Memorandum der Verständigung zwischen dem Ministerium für Luft- und Raumfahrt der VR China und der Raumfahrtabteilung der Republik Indien über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Raumtechnologie.

Das Treffen zwischen Li und Rao hatte also einen höchst versöhnlichen Ausgang. Beide waren sich als Regierungschefs der größten Entwicklungsländer der Welt offensichtlich darin einig, daß China und Indien bei der Schaffung einer Neuen Weltordnung künftig wieder mit gutem Beispiel vorangehen müßten.

Anmerkungen

- 1) Zum Verlauf dieser Verhandlungen vgl. u.a. C.a., November 1983, Ü 3.
- 2) Dazu C.a., November 1983, Ü 3; C.a., Mai 1988, Ü 5.
- 3) Näheres dazu C.a., Juni 1988, Ü 2.
- 4) So die chinesische Seite, XNA, 19.12.88.
- 5) XNA, 20.12.88.
- 6) Radio Delhi in SWB, 23.12.88.
- 7) Näheres dazu C.a., Februar 1991, Ü 5.
- 8) Dazu im einzelnen C.a., September 1991, S.577 ff.
- 9) SCMP, 10.12.91.
- 10) SCMP, 15.12.91.
- 11) XNA, 16.12.91.
- 12) XNA, 16.12.91.
- 13) XNA, 6.2.91.
- 14) Press Trust of India, nach SWB, 7.2.91.
- 15) XNA nach SWB, 26.7.91.
- 16) XNA nach SWB, 24.7.91.
- 17) XNA nach SWB, 22.2.90.
- 18) Ebenda.
- 19) Radio Islamabad in MD Asien, 22.12.89, S.3.
- 20) Press Trust of India nach SWB, 24.7.91.
- 21) XNA, 21. und 22.5.91.
- 22) Zum Besuch des pakistanischen Premierministers im Februar 1991 vgl. XNA, 18., 27. und 28.2.91.
- 23) BRu 1990, Nr.40, S.11.
- 24) XNA, 27., 28. und 29.10.91.
- 25) BRu 1989, Nr.4, S.11 ff.
- 26) XNA, 16.12.91.
- 27) XNA, 16.12.91.
- 28) Ausführlich dazu C.a., September 1984, S.505-508.
- 29) XNA, 5.7.89.
- 30) XNA, 1.9.90.